

M
N
139

Die Erfassung und Verteilung der neuen Kartoffelernte.

Gewichtige Stimmen für die Einführung der Marktfreiheit.

Gestern fand im Ministerratspräsidium unter dem Vorsitz des Ministerpräsidenten Dr. v. Seidler eine Konferenz über die Kartoffelfrage statt, an der unter anderen teilnahmen: der Leiter des Amtes für Volksernährung Generalmajor v. Höfer, der Leiter des Ackerbauministeriums Sektionschef Dr. v. Ertl, der Präsident des gemeinsamen Ernährungsausschusses Generalmajor Landwehr v. Pragenau, Bürgermeister Doktor Weiskirchner, Landesauschuß Mayer, die Direktoren Kurt Schächner und Selles, Chefredakteur Bösbauer usw.

In der Beratung wurden zunächst die Sicherstellung und zweckmäßige Verteilung der diesjährigen Kartoffelernte besprochen. Die zur Verfügung stehende Kartoffelmeng e wird nach den Berechnungen und Erhebungen auf 70 Millionen Meterzentner geschätzt. Davon werden 30 Prozent für den Anbau und für die Selbstversorger, das heißt für den Bedarf der Produzenten, vorweggenommen. Zehn Millionen Meterzentner sollen unter besonderen Vorkehrungen, die den Zweck haben, diese Kartoffeln ausschließlich und in einem gerechten Verteilungsmodus ihrer Bestimmung zuzuführen, den Mindestbemittelten zugeführt werden, zehn Millionen Meterzentner sind für den Bedarf der Heeresverwaltung sicherzustellen. Bezüglich der noch erübrigenden 29 Millionen Meterzentner wurde von mehreren Teilnehmern der Beratung die Marktfreiheit verlangt.

Die Direktoren Kurt Schächner und Selles gaben der Meinung Ausdruck, daß trotz der nun geltenden starren Beschlagnahmeverfügung für Kartoffeln die wirklich zustande zu bringende Quantität nicht die Hälfte der präliminierten Höhe erreichen würde, wenn man sich nicht nach Versorgung der Mindestbemittelten und der Armee zur Einführung der Marktfreiheit entschließen würde.

Landesauschuß Mayer verwies auf die Beschlüsse der agrarischen Zentralstelle und betonte, daß Kartoffeln als leicht verderbliche Waren sich nicht für die zentralistische Bewirtschaftung eignen, weshalb der Verkehr mit diesem wichtigen Lebensmittel freizugeben sei. Er berührte auch die Preisbildung und vertrat die Ansicht, daß die Höchstpreise für Kartoffeln den in Ungarn geltenden gleichzuhalten seien. Nur dadurch können die Produzenten veranlaßt werden, den Markt reichlich zu beschicken, sonst bestünde die Gefahr, daß trotz der Beschlagnahme die Kartoffeln nach Ungarn wandern.

Auch Bürgermeister Dr. Weiskirchner vertrat den Standpunkt, den die Vertreter der Konsumenten eingenommen hatten.

Der Leiter des Amtes für Volksernährung Generalmajor v. Höfer und der Präsident des gemeinsamen Ernährungsausschusses Generalmajor Landwehr v. Pragenau führten einige technische Schwierigkeiten vor, welche der Durchführung des von den Konsumenten angeregten Aufteilungsmodus entgegenstehen, und gaben der Ueberzeugung Ausdruck, daß auf Grund der Beschlagnahmeverfügung die Kartoffelernte dieses Jahres voll erfasst werden könne.

Diese Auffassung wurde von anderen Konferenzteilnehmern nicht geteilt. Mehrere Redner nahmen gegen die zentralistische Bewirtschaftung, die einer Zwangsrequirierung gleichkomme, Stellung. Nach den Berechnungen könnte nach Abzug der Quoten für den frischen Anbau, für die Selbstversorger, für die Mindestbemittelten und den Heeresbedarf bei Einführung des freien Marktverkehrs für den Rest der Ernte per Kopf der Bevölkerung auf ein Quantum von 100 Kilogramm Kartoffeln per Jahr gerechnet werden.

Die Vertreter der Regierung nahmen die in der Konferenz zutage getretenen Anschauungen zur Kenntnis. Beschlüsse wurden nicht gefaßt, da es sich um einen allgemeinen Gedankenaustausch gehandelt hatte.